



Samstag, 31. Oktober 2026, 15:58 Uhr
~17 Minuten Lesezeit

Unfreiheit, Ungleichheit, Spaltung

Die Macron-Regierung vermag das große Menschenrechtsversprechen der Französischen Revolution nicht einzulösen — ein „Cocktail“ von Problemen entlädt sich nunmehr in Gewalt.

von Roland Rottenfuß

Bild: Collage mit Fotos von Shutterstock.com (Obatala-photography, Victor Velter)

Das Phänomen schockiert, die Erklärungsmodelle

widersprechen einander teilweise fundamental. „Rechte“ sehen in den Gewaltausbrüchen in französischen Städten eine Quittung für das jahrelange Laisser-faire einer linksliberalen Migrationspolitik. Kräfte, die alles hassten, was anständigen Franzosen heilig sei, strebten nach der Unterwerfung der Gastgebergesellschaft unter die Herrschaft des Islamismus. Eine harte Hand, die vorzugsweise einer Präsidentin Marine Le Pen gehören sollte, könne Ruhe und Ordnung wiederherstellen. „Linke“ dagegen sehen eher eine lange schwelende soziale Schieflage, einen Aufstand der „Verdammten dieser Erde“, die sich vor allem in den unruhigen Vorstädten, den Banlieues, sammeln. Wieder andere Analysten sehen den sinnlosen Zerstörungstrieb von Anarchisten am Werk oder argumentieren beschwichtigend: Der Franzose neige seit Jahrhunderten zum Revoltieren, dies mache eben seinen besonderen Charme aus. Schaut man auf die bisherigen Ergebnisse der Chaostage, so scheint am Ende vor allem eine Instanz als Siegerin aus der derzeitigen Serie der „Émeutes“ (Krawalle) hervorzugehen: die repressive Staatsmacht – also jene Kräfte, die am meisten Verantwortung für die Missstände tragen und nun eine Gelegenheit wittern, die Zügel bei einem sich aufbäumenden Volk wieder strammer anzuziehen.

JD Vance – von seinem Logenplatz jenseits des Atlantiks

sprechend – weiß genau, woran es gelegen hat: „Westliche Liberale

haben im Namen von Vielfalt und Mitgefühl die Dritte Welt nach Frankreich und in die anderen Länder importiert.“ Ähnlich Pauline Voss auf Nius.de (<https://www.youtube.com/watch?v=PhTdAgaIdCY>): „Das ist das, was passiert, wenn die Islamlinke herrscht. (...) Sie verachten die Symbole des Staates. Sie verachten alles, wofür dieses Land steht.“ Warum? „Weil sie ein neues marxistisch-islamistisches Regime errichten möchten.“

„Islamo-Gauchisme“ auf dem Vormarsch

Die Begriffe gehen wild durcheinander bei der neurechten Geschichtsdeutung. Hatte nicht Karl Marx jede Religion, wie sie auch der Islam darstellt, als „Opium des Volkes“ verdammt? Ja, dennoch gibt es solche scheinbar unpassenden Allianzen, wenn sich Linke und Ultrareligiöse in der gemeinsamen Ablehnung imperialistischer Unterdrückung des globalen Südens treffen. Rechtspopulistische Diskurse zu Frankreich zielen eindeutig auf deutsche Verhältnisse ab, speziell auf Berlin, wo in der Gestalt Elif Eralps nunmehr deutscher „Islamo-Gauchisme“ angeblich vor seiner finsternen Machtergreifung steht.

Nicht fehlen durfte natürlich ein Statement von Ahmad Mansour (<https://www.merkur.de/politik/gewalt-an-schulen-ahmad-mansour-warnt-vor-radikalisierungswelle-von-minderjaehrigen-zr-94543632.html>), seines Zeichens „Migration-Experte“ bei vielen etablierten Fernsehsendern. Er gab der Mentalität vieler Migranten die Hauptschuld an den Ausschreitungen. Mansour nannte „ganz andere Werte“ sowie „ganz andere Erziehungsmethoden“ in der islamischen Welt als Gründe, außerdem die „Perspektivlosigkeit bildungsferner Familien“. Der Experte sprach auch von einer wachsenden „Lust an Gewalt“ bei jungen Menschen und fügte hinzu: „Genau diese Entwicklung macht mir große Sorgen. Gewalt braucht

keine Forderung mehr. Gewalt braucht kein Motiv mehr.“ Mit der Aussage „kein Motiv“ macht es sich Mansour vielleicht zu leicht. Zumindest liegt eine aggressive „emotionale Ladung“ vor, die das Verhalten von Teilen des migrantischen Milieus wie auch der Gastgebergesellschaft prägt.

Die Schändung des Heiligsten

Ins gleich Horn bläst Marine Le Pen, die in einem halben Jahr Präsidentin der Republik werden möchte und gute Chancen hat, das auch zu schaffen. „In sechs Monaten haben die Franzosen die Möglichkeit, einen anderen Weg zu wählen. Einen der Autorität, der Sicherheit und einer Demokratie, die wieder geachtet wird“, sagte sie in staatsmännischer Pose (<https://www.youtube.com/watch?v=bagpYDwH-nk>). Und weiter: „Die heiligsten Symbole unserer Republik wurden geschändet.“ Die Statue der Symbolfigur der französischen Nation, der „Marianne“ (<https://www.youtube.com/watch?v=N4bW973t1Qs>), wurde nämlich auf dem Place de la République in Paris mit einer Gelbweste bekleidet, die Tricolore wurde tolldreist durch eine Palästinaflagge ersetzt.

Der Brand des historischen Rathauses in Limoges (https://www.youtube.com/watch?v=a_qgtcHLPB4) erinnere an den für die französische Seele schmerzhaften Brand der Kathedrale von Notre Dame 2019, so Le Pen. Und die Galionsfigur des rechten Rassemblement National (RN) zieht eine ziemlich obrigkeitsfromme Querverbindung: „Hinter jedem angegriffenen Polizisten, hinter jedem bedrohten Staatsbediensteten wird die Republik selbst getroffen.“ Sie scheint dabei nicht zu bemerken, was dies im Umkehrschluss bedeutet:

Auch hinter jedem prügelnden Polizisten, hinter jedem

unfähigen oder ungerecht agierenden Beamten steht „die Republik selbst“. Das mag eine mögliche Erklärung dafür sein, dass sich das herrschende System der „Grande Nation“ bei den Staatsbürgern nicht immer jener Beliebtheit erfreut, die sich Politiker wünschen würden.

Wenn diese sich vorschnell mit „dem Land“ in eins setzen, suggerieren sie, dass Kritik an ihrer Person zugleich die Schändung jenes größeren Ideals bedeute, hinter dem sich alle Staatsbürger versammeln sollten.

Die Bezirke der Verlorenen

Seit vielen Jahren schon ist das Verhältnis zwischen den Franzosen und „ihrer“ Obrigkeit massiv gestört. Zumindest in den armen **Banlieues** (<https://www.youtube.com/watch?v=zLkEWopZxfg>), den „Glascherbenvierteln“ am Pariser Stadtrand mit ihren hässlichen Monster-Wohnblöcken, hat diese Tatsache mit Migration zu tun, wenn auch nicht ausschließlich mit dieser. Die Banlieues entstanden größtenteils nach dem Zweiten Weltkrieg, als in teilweise zerstörten Städten rasch Neubauten für viele Bewohner hochgezogen werden mussten. Über zwei Millionen Menschen leben heute in solchen Stadtteilen. Überwiegend zogen anfangs Einwanderer aus den ehemaligen französischen Kolonien, vor allem aus Nordafrika, hierher. Das Verhältnis zur Mehrheitsgesellschaft war von Anfang an durch die Kolonialgeschichte belastet.

Infolge der Wirtschaftskrise in den 1970er-Jahren kam es in den Banlieues zu einer hohen Arbeitslosigkeit. Eine schlechte Anbindung an die Innenstadt, marode Bauten und miese Schulen trübten die Stimmung im Milieu. Auslöser für die Krawalle, die seit 1981 immer wieder tobten, war oft eine als ungerecht empfundene Polizeigewalt. Die bisher heftigsten Unruhen löste der Tod des 17-

jährigen Nahel Merzouk aus. Merzouk wurde am 27. Juni 2023 bei einer Polizeikontrolle in einem Auto ohne Führerschein erwischt und erschossen. Ein Video davon landete im Netz und löste gewalttätige Proteste in vielen Städten aus. Ein Auto verwüstete einen Supermarkt, es kam zu Plünderungen. Der Polizei wurde eine Überreaktion vorgeworfen; auch der Vorwurf, migrantisches Leben zähle für die Staatsvertreter nicht, kam auf. Allein 2022 starben nach Statistiken in Frankreich 13 Menschen durch Polizeigewalt, viele davon aus den Banlieues. Die Wut wuchs weiter.

Christine Moreau, Sozialarbeiterin in einem Problemviertel, sagte dem Wissensmagazin Galileo (Pro Sieben):

„Die jungen Leute sind nach meiner Erfahrung eigentlich gar nicht besonderes gewalttätig. Aber sie haben die Ungerechtigkeiten satt. Sie haben es satt, dass das Geld meistens nur bis Mitte des Monats reicht und die Familien nicht wissen, wie sie über den Monat kommen sollen. Und sie haben die Diskriminierung satt. Es gibt auch wirklich viel Polizeigewalt. Nahel war nur der Tropfen, der das Fass zu Überlaufen brachte.“

Ein „fast vollständiger Kontrollverlust“

Schon vorher, in den Jahren 2018 und 2019, hatte die Gelbwestenbewegung („Gilets jaunes“) für Furore gesorgt. Die Proteste entzündeten sich an einer von der Regierung Macron zur Durchsetzung der „Energiewende“ beschlossenen hohen Besteuerung des Kraftstoffs und weitete sich bald auf weitere politisch brisante Themen aus.

Diese und noch etliche andere Krisen in Frankreich finden in den „Émeutes“ des Herbstes 2026 ihr Echo. Die Schadensbilanz des **Horror-Wochenendes vom 18. und 19. Oktober**

<https://www.youtube.com/watch?v=YUoOoDaASL0>) ist erheblich.

Die französische Handelskammer nannte folgende Zahlen: 550.000 Menschen versammelten sich bei 110 Demonstrationen in ganz Frankreich. Dabei wurden 3.000 Geschäfte beschädigt oder geplündert. Der Gesamtschaden beträgt mehrere 100 Millionen Euro. Frankreichs Innenminister Laurent Nuñez sprach von 979 verletzten Einsatzkräften und 2.300 Festnahmen. Ein Demonstrant war im Zuge der Ereignisse in Paris an einem Herzstillstand gestorben. Der Innenminister räumte – was für Politiker selten ist – einen fast vollständigen Kontrollverlust offen ein.

Die Proteste hatten Anfang September 2026 begonnen. Zunächst als Schülerproteste, bei denen Lehrermangel und andere schlechte Lernbedingungen im Fokus standen. Daran knüpften sich binnen weniger Wochen thematisch breiter aufgestellte Proteste gegen hohe Spritpreise, hohe Lebenshaltungskosten, niedrige Löhne und Sparmaßnahmen der Regierung. Es beteiligten sich nun auch erwachsene, „normale“ Bürger, etwa Landwirte und Krankenpflegepersonal, das seiner Unzufriedenheit Luft machte. Auslöser waren keineswegs der Nahostkonflikt oder ein Aufstand der Muslime, auch wenn diese Faktoren später noch eine Rolle spielen sollten. Darauf wiesen einige Palästina-Fahnen bei Demonstrationen hin sowie Bilder, auf denen die sichtbaren Gesichtsparteien verummter Randalierer eine dunkle Hautfarbe zeigten.

Schneeballeffekt der Gewalt

Nach meinem Kenntnisstand ist bei den Krawallen das Thema Migration weder völlig irrelevant, noch stellt es die einzige passende Erklärung für die Vorfälle dar. Ganz in der Logik der nach rechts tendierenden Alternativpresse **warf Apollo News Migranten pauschal Undankbarkeit vor** <https://www.youtube.com/watch?>

[v=5hNlk8QapTE&t=705s](#)): „Der Westen gab ihnen alles – das ist der Dank.“ Kurzschlüsse der Art „Wir haben Flüchtlinge gnädigerweise ins Land gelassen, und anstatt dankbar zu sein, randalieren sie nun, weil sie die europäische Kultur hassen“ sind jedoch nicht oder nur in wenigen Fällen angebracht. Randalierer mit Migrationshintergrund sind in den meisten Fällen Menschen aus schon lange im Land lebenden Familien mit französischem Pass.

Es kann von einem Schneeballeffekt der Gewalt ausgegangen werden, wobei sich Migranten erst in einer relativ späten Phase anschlossen.

Neben ernst zu nehmenden Vorwürfen an die Gastgebergesellschaft, die Zugewanderten auszugrenzen und ihnen Chancen zu verweigern, finden sich auch eine eher ungerichtete, aber nicht immer unbegründete Wut auf „das System“ sowie die kriminelle Absicht, das Chaos zu nützen, um die Warenbestände in bestimmten Geschäften, zum Beispiel Juwelierläden, abgreifen zu können. Weiter schlossen sich auch französische Linke an, die die Demonstrationswelle zwar wohl nicht in verschwörerischer Absicht in die Wege geleitet haben, wohl aber Sympathien bekundeten und Gewalttaten vielleicht allzu gnädig beurteilten.

Islamismus: Ursache oder Symptom?

„In einigen Vorstädten leben diese Menschen ohne große Zukunftsaussichten und fühlen sich bei der Polizei drangsaliert“, sagte **der Kulturwissenschaftler Jürgen Ritte im Münchner Merkur** (<https://www.merkur.de/politik/gewalt-bei-frankreich-protesten-wer-profitiert-politisch-zr-94549063.html>). Man könne die derzeitigen Ausschreitungen nicht auf eine „reine Migrantenproblematik“ zurückführen. Nun wissen wir, dass Medien und Experten des Mainstreams dazu neigen, den Faktor Migration in ihrer Argumentation gerne zum Verschwinden zu bringen.

Beschwiegen wird zum Beispiel oft das Tun islamistischer Einflussagenten in prekären Milieus, welche sich labilen Jugendlichen als „Sozialarbeiter“ nähern, um sie dann nach und nach einer gefährlichen ideologischen Schulung zu unterwerfen. Islamisten, die in der Tat die christlich-abendländische Kultur als Ganzes ablehnen. Auch die Ermordung von zwölf Mitarbeitern der Satire-Zeitung *Charlie Hebdo* durch Islamisten wegen einiger Mohammed-Karikaturen (2015) ist ein französisches Trauma, das das Aufeinanderprallen zweier Kulturen symbolträchtig illustriert.

Die Israel-Palästina-Frage, in der sich Emmanuel Macron ähnlich windelweich verhält wie Bundeskanzler Friedrich Merz, vermittelt eine Ahnung davon, warum Anwerbestrategien von radikalen Muslimen so leicht verfangen.

Zu offensichtlich sind westliche Werte — in Frankreich vor allem durch den Dreiklang „Liberté, Égalité, Fraternité“ repräsentiert — als geheuchelte Phrasen erkennbar, hinter denen sich ein gewalttätiges, imperialistisches Elitenprojekt verbirgt.

Kommen dann noch persönliche traumatisierende Erfahrungen mit der französischen Polizei oder anderen Exponenten der Republik dazu, entzündet ein kleiner Funke die Situation wie einen Strohaufen, der tagelang der prallen Sonne ausgesetzt war.

Bei allem wird gespart, nur nicht bei der Rüstung

Wir müssen „linke“ Erklärungsmuster, wie sie in Frankreich von Jean-Luc Mélenchon von der Partei „La France Insoumise“ vertreten werden, nicht absolut setzen. Sie sich genauer anzuschauen lohnt aber. So sieht **Fabian Lehr, Kommentator der Jungen Welt**

<https://www.youtube.com/watch?v=2SiAj1mBNVw>), die Ausschreitungen vor allem im Kontext der Austeritätspolitik von Präsident Emmanuel Macron und Premierminister Sébastien Lecornu, die gerade im Jahr 2026 einen neuen Höhepunkt erreicht habe mit 54-Milliarden-Sparpaketen, die alle Politikbereiche betreffen. „Ein Bereich freilich ist vor allen Kürzungen sicher: die Kriegsrüstung“, kritisiert Lehr. Der Haushaltsentwurf für 2027 sehe eine Steigerung des Militärbudgets um sechs Milliarden Euro vor. „Milliarden für mehr Waffen, während die Schulen verfallen.“ Die Proteste stießen daher in der Bevölkerung auf große Sympathie. Laut der Tageszeitung *Le Figaro* unterstützten 62 Prozent der Franzosen diese Bewegung.

Die Regierung habe aber keine andere Antwort auf die Proteste als Brutalität. „Polizisten in militärischer Montur verprügelten Teenager. Diese Bilder führten nur zur Ausbreitung und Radikalisierung der Bewegung.“ Manche Schüler demolierten daraufhin ihre Schulen und lieferten sich Kämpfe mit Polizisten. „Am 6. Oktober meldete das französische Justizministerium 5.060 Verhaftete, 87 Prozent davon minderjährig. 117 Schülerinnen und 65 Lehrerinnen wurden ernsthaft verwundet. In Lens wurde einem 15-jährigen Schüler von einer Polizeigranate die Hand abgerissen. In Tours wurde einem 14-Jährigen ein Auge ausgeschossen.“

Autoritärer Staatsumbau

Vonseiten der Regierenden und der Rechten werde nun der Eindruck erweckt, die Schüler seien von Linksradikalen um Jean-Luc Mélenchon ferngesteuert. Die *Junge Welt* glaubt das nicht. „La France Insoumise“ hatte sich aber von Anfang an solidarisch mit den Protesten gezeigt. Im Pariser Vorort Saint-Denis stellte sich Bürgermeister Bally Bagayoko schützend zwischen Polizei und Demonstranten und sagte, unter bestimmten Umständen sei auch

Gewalt legitim. Bruno Retailleau, Präsidentschaftsaspirant der Republikaner, forderte daraufhin ein Parteienverbot von „La France Insoumise“. Haben also erst die Erfahrung exzessiver Gewalt durch die Polizei und die wohltuende Solidarität von „La France Insoumise“ junge Menschen nach links getrieben?

„Die Schüler und Schülerinnen, die erst in verrottende, unterbesetzte Schulen geschickt werden, während für Bomben und Raketen mehr als genug Geld da ist, die dann, als sie gegen diese Verhältnisse protestierten, sofort mit dem Polizeiknüppel Bekanntschaft machten, erhalten gerade einen praktischen Schnellkurs über den Charakter des bürgerlichen Staates in Zeiten von Krise, autoritärem Staatsumbau und Militarisierung“ (Fabian Lehr).

Die Bewegung „zeigt, wie schnell eine mit ziemlich zahmen, moderaten Forderungen beginnende Mobilisierung zunehmend radikaleren Charakter in ihren Rändern annehmen kann, wenn sie auf einen Staatsapparat trifft, der so repressiv, so polizeistaatlichen Antlitzes geworden ist, dass er selbst auf maßvolle reformistische Forderungen gar nicht mehr deeskalierend reagieren kann“.

Unter der Präsidentschaft Macrons sei Frankreich zum Vorreiter des autoritären Staatsumbaus in Westeuropa geworden. Die massive Kürzungspolitik, die dort vielleicht noch radikaler als in Deutschland unter Merz umgesetzt wurde, „war hier von Anfang an begleitet von ständiger Ausweitung der Befugnisse der Polizei und von einer ständigen Brutalisierung ihres Vorgehens gegenüber Massenprotesten.

Das extrem brutale Vorgehen gegen die Gelbwesten war ein anschauliches erstes Beispiel dafür, dass ein Programm der Massenverarmung nur durch ein System der Massenrepression umsetzbar ist“.

Man kann bei all dem durchaus Querverbindungen zu deutschen

Verhältnissen finden; zu dem, was wir derzeit erleben oder vielleicht noch erleben werden, wenn es so weitergeht.

Eine Kampagne gegen links?

Die frankophile deutsche Politikwissenschaftlerin Ulrike Guérot

(<https://www.youtube.com/watch?v=wLDOCSorXiU&t=326s>) sieht in den üblichen Schuldzuschreibungen im Zusammenhang mit den „Émeutes“ eine gezielte Kampagne gegen Linke und Migranten. Sie fragt: „Wer hat im Élysée den Geheimdienst angewiesen, die Falschnachricht zu verbreiten, dass ‚La France Insoumise‘ hinter den Gewalttaten steckt? Wer will Jean-Luc Mélenchon schädigen? Wer will die ganze Verantwortung dem sogenannten Islamo-Gauchisme in die Schuhe schieben?“ Guérot vermutet, die öffentliche Darstellung der schockierenden Gewalttaten werde am Ende vor allem Marine Le Pen in die Karten spielen. Diese könne sich dann als Retterin vor dem allgegenwärtigen Chaos inszenieren. Rechte Medien, so Guérot, vermischten die Frage der Bildungsmisere in übertriebener Weise mit der Migrationsfrage. Schließlich streikten auch Lehrer und Lastwagenfahrer inzwischen mit.

Vielleicht etwas zu kurz gedacht ist Guérots Aussage, das Vorort-Problem habe nichts mit Migranten zu tun, da diese schließlich „citoyens français“ (französische Bürger) seien: „Es sind nicht Migranten, es sind französische Bürger, die sozial vernachlässigt werden.“

Ein französischer Pass schließt jedoch nicht aus, dass zwischen immigrierten und alteingesessenen Franzosen ein Problem bestehen kann, das mit schwer vereinbaren Mentalitäten zu tun hat.

Ein Teufelskreis könnte in Gang gesetzt worden sein, bei dem schlechtes Benehmen der Zugewanderten zu verstärkter Ablehnung

durch die Mehrheitsgesellschaft führte und umgekehrt diese Ablehnung die Wut derer stimulierte, denen man allzu deutlich zu verstehen gab, dass sie „nicht dazugehörten“.

Ulrike Guérots Freundinnen beobachten Unheimliches

Interessant ist in jedem Fall Ulrike Guérots aus privater Quelle stammende „Verschwörungstheorie“: Eine Freundin Guérots machte in Nizza während der Ausschreitungen eine verstörende Beobachtung:

„Was wir gesehen haben, ist, dass aus einem Polizeiauto zwei Männer raus sind, schwarz gekleidet, Maske, Kapuzenshirt, mit Steinen, die sich unter die Menge gemischt haben.“

Eine andere Freundin, Französin, sah, wie ein verummter Randalierer aus der Menge heraus zu einem Polizeiauto gelaufen sei. Er wurde nicht etwa verhaftet, sondern eskortiert, „also in Sicherheit gebracht“, so Ulrike Guérot. Das **Internetforum** „mediapart“ (<https://www.mediapart.fr/en/english>) zitierte einen Polizeikommissar mit den Worten:

„Wir haben die Anweisung bekommen, zu schreiben, dass es ‚La France Insoumise‘ sei, die hinter der Bewegung steht, obwohl das objektiv falsch ist, so wie es uns die Leute vor Ort sagen.“

In Guérots Statement wird zweierlei unterstellt: Erstens, dass die Krawalle von Agents Provocateurs angeheizt wurden, die in Verbindung mit der Polizei – letztlich also wohl zu höheren Regierungskreisen – standen. Dies erscheint als nicht objektiv gesichert, aber möglich. Zweitens, dass die französische Linke von politischen Gegnern, in deren Dienst sich die Polizei stellt, bewusst

angeschwärzt wird. Im Kontext der momentanen Parteienkonstellation in Frankreich ist dies zumindest plausibel.

Vier Hunde, zwei Knochen

Im Land bahnt sich nämlich für die Wahlen am 18. April 2027 der absolute Albtraum aller „Gemäßigten“ an: ein Duell zwischen „ganz rechts“ und „ganz links“ bei der Stichwahl. Marine Le Pen liegt in heutigen Umfragen mit 32 bis 36 Prozent der Stimmen klar vorn. An zweiter Stelle stünde der „linksextreme“ Kandidat Jean-Luc Mélenchon mit derzeit 17 bis 19 Prozent.

Die letzte Chance für die Mitte läge also darin, dass Mélenchon durch ein einschneidendes Ereignis so diskreditiert wäre, dass seine Beliebtheit sänke und der derzeit Drittplazierte, der ehemalige Premierminister Édouard Philippe von der Partei „Horizons“, nachrücken könnte.

Ein solches Ereignis könnte es zum Beispiel sein, dass Mélenchon als geistiger Vater der derzeitigen Krawalle in Frankreich gebrandmarkt würde. Zumindest zeigte seine Partei Sympathien mit den sozialen Beweggründen vieler Demonstranten und nimmt auch das „migrantische Milieu“ in Frankreich oft in Schutz.

Wenn die Unruhen den Franzosen zu viel würden, könnten Kräfte von „Ruhe und Ordnung“ durchstarten. Le Pen inszeniert sich schon jetzt als eine solche. In einem Duell Le Pen gegen Philippe könnten die Anhänger Philippes dann darauf hoffen, dass eine Präsidentin des Rassemblement National vielen Franzosen als zu „heavy“ erschiene, dass sich also linke und Mitte- Wähler hinter Philippe als dem kleinerem Übel versammelten. Viele halten mittlerweile sogar für wahrscheinlich, dass der Platz in der Stichwahl dann an Raphaël Glucksmann fallen würde, dem gemeinsamen Kandidaten der

gemäßigt linken Parteien Place Publique und Parti Socialiste, in Deutschland vor allem bekannt durch die Präsidentschaft François Mitterrands. Er könnte die Stimmen der Sympathisanten von „La France Insoumise“ vielleicht sogar leichter einsammeln als Philippe.

Wem nützt die Gewalt?

Wir müssen, wie bei fast allen politischen Themen, die Frage nach dem „Cui bono?“ stellen: Wem nützt die Gewalt? In einem

interessanten Video des Portals „LION Media“

(<https://www.youtube.com/watch?v=YUoOoDaASL0>) wird scharfsinnig angemerkt, „dass die Gewalt auf den Straßen eigentlich überhaupt keinen strategischen Nutzen für diejenigen hat, die sie ausüben“. Der linke Block habe die Masseneinwanderung über 20 Jahre verteidigt, heißt es dort. Auch das migrantische Milieu habe ein Interesse daran, als gut integriert und friedfertig zu gelten. Sollte dieser Beweis nicht erbracht werden, würden Politiker an die Macht kommen, die für Remigration, Mittelkürzungen und verschärfte Bedingungen für Migranten plädieren. Was jetzt passiere, sei das Gegenteil dessen, was Migranten und der linke Block wünschen könnten (...), die Selbstdemontage der eigenen Erzählung, heißt es in dem Video. Das Resume:

„Wer unter den Linken der eigenen Sache bewusst schaden wollte, der würde es ungefähr genau so anstellen. Je länger die Verwüstungen und Plünderungen anhalten, desto größer wird in der Bevölkerung der Wunsch nach Recht, Ordnung und innerer Sicherheit. Das politische Potenzial, das aus dieser Situation entsteht, landet am Ende bestimmte nicht bei denen, die die Steine geworfen haben, sondern immer bei denen, die ein härteres Vorgehen gegen dieses Chaos versprechen.“

Ob nun also französische „Rechtsextreme“ oder das EU-

konforme, technokratische Establishment mit faulen Tricks gegen die Linke vorgegangen sind, um sie aus dem Spiel zu nehmen, oder ob sich der Gewaltausbruch auf natürliche Weise entfaltet hat — wahrscheinlich ist, dass die Ereignisse jenen Kräften in die Hände spielen, die an den Ursachen der Probleme nichts verbessern werden.

Speziell auch, was die Situation der Elenden in den Vorstädten betrifft, die sozialen, ethnischen und religiösen Spannungen, die Verarmung von Teilen des bisher wohlhabenden Mittelstands, die schrumpfenden Gestaltungsspielräume infolge leerer Staatskassen, während das Volksvermögen von den Eliten veruntreut und den Fabrikanten des Tötens zugeschustert wird ... Zu erwarten ist die Fortsetzung einer Gewaltdynamik, bei der immer die eine Seite ihr Handeln als Reaktion auf das Fehlverhalten der jeweils anderen deutet.

Ein Land, um das es schade wäre

Dabei ist Frankreich, wie im Grunde auch Deutschland, ein Land, um das es schade wäre, wenn es in Elend und Gewalt versänke. Dies empfinden zu können, schafft die emotionalen Voraussetzungen für eine Verbesserung der Situation. Alles, was es bräuchte, um Abhilfe zu schaffen — den aufklärerischen Geist, die Freiheitsliebe, das soziale Mitgefühl —, hat die französische Kultur reichlich hervorgebracht. Es ist alles da, die Akteure müssten sich nur besinnen und danach greifen. Victor Hugo schrieb schon 1862 in seinem Klassiker „Les Misérables“:

„Solange nach Gesetz und Sitte eine soziale Verdammnis besteht, die künstlich inmitten der Zivilisation Höllen schafft und das Schicksal, das göttlich ist, mit menschlichem Unheil mischt (...), solange in gewissen Gegenden der soziale Erstickungstod möglich ist (...), solange

es auf der Erde Unwissenheit gibt und Elend, werden Bücher wie dieses nicht ohne Wert sein.“

Das große Versprechen, das aus der Zeit der Revolution überliefert ist und das auch im Ausland als Markenzeichen der Grande Nation gilt — „Liberté, Égalité, Fraternité“ —, ist auf schmerzliche Weise in sein Gegenteil verkehrt worden.

Statt der Freiheit gibt es Ausgangssperren und Anfänge der Errichtung eines unduldsamen Polizeistaats. Statt der Gleichheit steht ein neues, wachsendes Lumpenproletariat einer arroganten, sozial blinden Profiteurskaste gegenüber. Und statt der Brüderlichkeit zerfällt die Gesellschaft in einander zunehmend feindselig gesinnte Blöcke: Inländer gegen Ausländer, Rechte gegen Linke.

„Weniger sichtbare“ Ketten

Der großartige Künstler „HK“ (Kaddour Hadidi), der während der Coronajahre mit seinem Freiheitslied „Danser encore“ bekannt wurde, hat gerade zur rechten Zeit wieder zugeschlagen und sein Lied „Indignez-vous“ [<https://www.youtube.com/watch?v=YY2Sz2lwHjA> (<https://www.youtube.com/watch?v=YY2Sz2lwHjA>)] aus dem Jahr 2012 erneut auf die Bühne gebracht. In Anlehnung an den Bestseller des inzwischen verstorbenen Résistance-Veteranen Stéphane Hessel — in deutscher Übersetzung „Empört euch“ — analysiert er messerscharf die Verhältnisse in Frankreich:

„Unsere Ketten sind heute sicher weniger sichtbar als in den finsternen Zeiten des Sklaverei.
Aber unser Geist ist zur Zielscheibe geworden.
Was haben wir aus unserem Erbe gemacht?

*Wettbewerb bis zum Exzess, allgemeiner Gedächtnisverlust,
Produkte des Massenkonsums
für eine betäubte Jugend.
Es ist höchste Zeit, meine Freunde,
dass wir endlich wieder die Sterne anzünden.“*



Roland Rottenfuß, Jahrgang 1963, war nach dem Germanistikstudium als Buchlektor und Journalist für verschiedene Verlage tätig. Von 2001 bis 2005 war er Redakteur beim spirituellen Magazin **connection**, später für den **Zeitpunkt**. Er arbeitete als Lektor, Buch-Werbetexter und Autorensout für den Goldmann Verlag. Seit 2006 ist er Chefredakteur von **Hinter den Schlagzeilen** (<https://hinter-den-schlagzeilen.de/>). Von 2020 bis 2023 war er Chefredakteur vom Rubikon, seit April 2023 ist er Mitherausgeber und Chefredakteur von Manova.